

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Sommer 1957

Der offizielle Bericht über die Wirtschaftsentwicklung Mitteldeutschlands im 2. Quartal 1957 lag bis Mitte August noch nicht vor. Unabhängig davon kann jedoch an Hand der laufenden Berichterstattung in der Zonenpresse darauf geschlossen werden, daß in der gesamten Industrieproduktion, in der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Selbstkostensenkung und in der Außenhandelstätigkeit nur mit relativ bescheidenen Zuwachsraten gerechnet werden kann, und daß es in verschiedenen Wirtschaftsbereichen wieder zu ernststen Störungen gekommen ist. Die harte Selbstkritik an den hohen Exportrückständen der Industrie ist dafür nur *ein* Zeichen. Diese nicht erfüllten Lieferverpflichtungen belasteten die SBZ-Wirtschaft zwar bereits schon in den vorangegangenen Planperioden, doch jetzt müssen sie, weil sie vorwiegend gegenüber der Sowjetunion bestehen, nach dem im sowjetischen Wirtschaftsbereich „bewährten“ Verfahren beseitigt werden, daß man an anderen Stellen Löcher aufreißt, um das sowjetische Loch zu stopfen. Moskau hat sehr nachdrücklich auf der Erfüllung seiner Handelsansprüche bestanden, und sein getreuer Diener *Ulbricht* hat immer wieder mit besonderem Eifer die Notwendigkeit pünktlicher Lieferungen an die Sowjetunion als Gesetz und unabdingbare Verpflichtung herausgestellt. So blieb der Zone nichts weiter übrig, als die für den Nahen Osten und die außer-russischen Ostblockländer geplanten Güter zu einem beträchtlichen Anteil für den Export nach Rußland umzudirigieren.

Es ist an dieser Stelle schon mehrfach dargelegt worden, in welchem hohem Maße die Wirtschaftskraft Mitteldeutschlands den Interessen des Ostblocks, insbesondere der Sowjetunion, verpflichtet ist. Gleichzeitig verfolgt die Wirtschaftsführung der SBZ jedoch seit Jahren ein Investitionsprogramm, das bei voller Realisierung fast alle eigenen Kräfte binden müßte und das bei der anfänglichen Vernachlässigung der Energiebasis und ihrer Erweiterung zu einer heute sehr unangenehmen Diskrepanz zwischen den Produktionsanforderungen an die Industrie seitens der Planbehörden und den vorhandenen Energiekapazitäten geführt hat. Heute muß dem Kohle- und Energieprogramm in der SBZ ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, und die Staatsbetriebe verstehen es nach dem Eingeständnis führender Wirtschaftsfunktionäre, den Zwiespalt zwischen Außenhandelsprogramm und Energie-

programm jeweils zu ihrem Vorteil auszunutzen, weil beide Vorhaben nebeneinander nicht zu bewerkstelligen sind.

Von den vertraglich für dieses Jahr festgesetzten Lieferungen an die Sowjetunion war im 1. Halbjahr nur etwa ein Drittel zur Auslieferung vorgesehen — also noch nicht in jedem Falle auch geliefert. Der allgemeine und der Schwermaschinenbau der SBZ weisen Hunderte von Millionen Rubeln an Lieferrückständen auf und versuchen, durch das Verschieben von Leistungen für das Energieprogramm Aufschub — zum Teil bis 1960 — für das Außenhandelsprogramm zu erlangen.

Über die hierin zu Tage tretenden Gegensätzlichkeiten in der Wirtschaftspolitik sind von einigen westlichen Beobachtern Betrachtungen darüber angestellt worden, ob sich etwa nun auch in der SBZ nationale Gesichtspunkte — die Kräftigung des eigenen Wirtschaftspotentials, hier gekennzeichnet durch das Kohle- und Energieprogramm — gegen die sowjetische Einflußnahme durchzusetzen begännen und man nach dem polnischen Beispiel auch in Mitteldeutschland vielleicht mit gewissen Überraschungen rechnen könnte. Solange die stalinistischen Exponenten in der SBZ, denen erst im August der Staatsbesuch ihrer Moskauer Herren neuen moralischen Rückhalt gegeben hat, das wirtschaftspolitische Ruder der SBZ steuern, muß man solche Erwägungen, die sachlich durchaus begründet sind, leider als Spekulation ansehen.

Außerdem ist es jetzt wirklich nicht so, daß lediglich der Widerstreit zwischen der den Binnenmarkt bevorzugenden und der die sowjetischen Forderungen erfüllenden Wirtschaftspolitik zu den schweren Störungen im Exportprogramm geführt hat. Die schon seit Jahren vielfach erwiesene Unfähigkeit dieses Systems, mit den Problemen fertig zu werden und eine der allgemeinen Verbraucherschaft und der Hebung ihres Lebensstandards dienliche Wirtschaftsentwicklung zu garantieren, wirkt sich naturgemäß auch bei der mit Schwergewicht auf den Export ausgerichteten Industrie Mitteldeutschlands aus. *

In diesem Zusammenhange kann es nur erheiternd wirken, wenn in dem „2. Vierteljahresheft zur Statistik der DDR“ (Herausgeber: Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik) auf Seite 53 mit dem Brustton der Überzeugung doziert wird, daß auf die „Zweigstruktur der Industrie die in der jeweils herrschenden Produktionsweise wirkenden ökonomischen Gesetze wirken“, und daß es daher „nur unter sozialistischen Verhältnissen möglich“ sei, „die Zweigstruktur der Industrie allseitig“ — also organisch — zu entwickeln; denn auf der vorherigen Seite dieser schönen Zeitschrift steht das Geständnis, daß in der SBZ bei den Industriezweigen Energiebetriebe

und Bergbau ein „beachtlicher, nicht günstiger Rückgang der Anteile an der Industrieproduktion von 2,3 auf 1,6 vH bzw. von 7,0 auf 5,4 vH festzustellen sei.

Diese zugegebenen Rückschläge bei der Erfüllung des Energieprogramms haben u. a. dazu geführt, daß nunmehr — weil das Benutzungsverbot im letzten Winter wahrscheinlich wenig geholfen hat — die Herstellung von elektrischen Raumheizgeräten von mehr als 250 W Leistungsaufnahme als genehmigungspflichtig erklärt worden ist. Die betreffende Anordnung im Gesetzblatt der SBZ legt fest, daß den zentral geleiteten Staatsbetrieben diese Genehmigung nur durch das jeweilige Industrieministerium und die Staatliche Plankommission und den sog. örtlichen volkseigenen Betrieben diese Genehmigung nur durch die zuständige Bezirksverwaltung in Zusammenarbeit mit der bezirklichen Instanz der Plankommission gegeben werden darf. Man hört den Amtschimmel förmlich wiehern. Produziert ein Betrieb ohne Genehmigung derartige Heizgeräte, dann werden Geldstrafen verhängt.

Es versteht sich von selbst, daß — wenn überhaupt — diese Genehmigungen nur für Exportzwecke erteilt werden. Der Binnenmarkt hat auch hier zurückzustehen. Gerade weil die Exportindustrie der SBZ ihre Pläne nicht erfüllen konnte, werden alle verfügbaren Kräfte dem Außenhandel nutzbar gemacht. Ganz besonders zeigt sich das in dem Bemühen der Zonenregierung, bei ausländischen Handelsmessen möglichst erfolgreich abzuschneiden. Der augenblickliche wirtschaftliche und damit ja auch politische Propagandaeffekt gilt dabei mehr als die kaufmännische Solichität, die sich in einer termin- und qualitätsgerechten Realisierung aller Messeabschlüsse niederschlägt. Die SBZ beteiligte sich z. B. erstmalig an der DVS-Fachausstellung „Schweißen und Schneiden“ in Essen, an der 2. internationalen Messe in Reykjavik (Island), sie errichtete eine ständige Exportmusterschau mit wechselndem Programm in Bukarest, sie eröffnete Ende Juni eine Fachausstellung für Druckerei- und Büromaschinen in Budapest und sie trat auf der Posener Juni-messe mit besonderem Nachdruck auf. Dort trafen die Erzeugnisse des mitteldeutschen Maschinenbaus und der Konsumgüterindustrie be-greiflicher Weise auf großes Interesse. Die Geschäftsabschlüsse sollen sehr gut gewesen sein und waren durch die vorherigen starken ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Ost-Berlin und Warschau nicht getrübt.

Diese Messeerfolge können uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SBZ gerade in Posen keine Überschußproduktion anbot, sondern die Bedürfnisse der mitteldeutschen Verbraucherschaft auch hier übergang. Die Versorgung der SBZ mit Konsumgütern ist nach wie vor diskontinuierlich und sehr lückenhaft. Der Mangel an wichtigen Lebensmitteln wie Zucker, Butter, Eier, Rindfleisch, ja stellen-

weise auch Kartoffeln ist unverändert festzustellen, und von der Aufhebung der Rationierung darf nicht mehr gesprochen werden. Auch die Versorgung mit bestimmten Textilien und Lederwaren ist gebietsweise geradezu trostlos. So sind z. B. gute Frottiertücher und Damenunterwäsche kaum zu haben, und neue Büstenhalter haben den Seltenheitswert eines Luxusartikels.

Die fehlenden Einkaufsmöglichkeiten verstärken deutlich den bei der Bevölkerung sich bildenden Kaufkraftüberhang. Konnte der gesamte Bargeldbestand der SBZ an Hand der zehntägigen, unvollständigen Notenbankausweise im Frühjahr noch auf 5,7 Md. Ostmark veranschlagt werden, so hat er sich in der Zwischenzeit um 300 bis 400 Mill. DM weiter erhöht, obwohl das Bargeld noch immer durch staatliche Anordnungen aus der gewerblichen Wirtschaft bis auf kleinste Beträge verbannt ist und nur zur Zahlung von persönlichem Einkommen in jeder Form — ausgenommen die Toto- und Lottogewinne — verwandt werden darf.

*

Die wirtschaftlichen Störungen und Mängel, auf die hier immer nur relativ kurz und zusammenfassend oder an Hand einzelner, besonders deutlicher Beispiele eingegangen werden kann, sind den verantwortlichen Partei- und Staatsfunktionären der SBZ nicht unbekannt. Die wahren Ursachen dieser Erscheinungen dürfen sie jedoch — falls sie sie erkannt haben sollten — nicht bekennen, weil sie sich damit einer Serie von „Verbrechen“ schuldig machen würden, nämlich des Objektivismus, des Reformismus, der Rechtabweichung, des Sektiererertums, des Sozialdemokratismus usw. Da aber irgend etwas getan werden muß, um den „werkätigen Massen“ zu beweisen, wie aktiv man um die Beseitigung aller Fehler bemüht ist, so greift man zu überzeugend begründeten Organisations- und Strukturänderungen in Wirtschafts- und Staatsverwaltung, dem Ei des Kolumbus im Sowjetsystem, wenn sich nicht ein prominenter Sündenbock für die entscheidenden Fehlleistungen finden oder die Schuld auf Boykotteure, Diversanten, ausländische Agenten oder den imaginären Klassenfeind abwälzen läßt.

Da kam die große sowjetische Reform, der radikale Umbau des Verwaltungsapparates mit der Verlagerung wichtiger Kompetenzen in die unteren Instanzen gerade zur rechten Zeit, um Ulbricht zu einer Parallelaktion zu inspirieren. Es wäre ja auch viel zu gefährlich gewesen, die künstlich aufrechterhaltene Einheit von Stalinisten und NichtStalinisten im Führungsapparat der SED durch die Bloßstellung oder Belangung der für den Planungswirrwarr und die Wirtschaftsspannen verantwortlichen Funktionäre zu gefährden.

Man gebärdet sich, als habe man den Stein der Weisen gefunden, und scheint ganz zu ver-

gessen, daß dem unvoreingenommenen Beobachter bei dem Studium der neuen Maßnahmen sehr oft der gute alte Spruch: „Rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln!“ einfällt, ja, daß darüber hinaus das Versagen bisher hochgerühmter und als besonders fortschrittlich bezeichneter Methoden nunmehr offen oder zwischen den Zeilen zugegeben wird. Oft verändern die neuen Maßnahmen den alten Zustand auch im Grunde gar nicht, selbst wenn die Reformen noch so sehr in neuen Begriffen schwelgen.

Wie üblich hat das ZK der SED Maßnahmen „zur Vereinfachung des Staatsapparates und zur Änderung der Arbeitsweise der Mitarbeiter des Staatsapparates“ beschlossen, die die staatliche Verwaltung durchzuführen hat. Die dem Namen nach noch bestehenden anderen Parteien haben dabei kein Wort mitzureden. Sie verlangen das nicht einmal, weil ihre Führungen jede Eigenständigkeit verloren haben. Jetzt soll also wieder einmal das „Prinzip des demokratischen Zentralismus konsequent“ angewendet werden, womit gemeint ist, daß die Zentralinstanzen sich auf die grundsätzlichen Entscheidungen und auf „eine wirksame Kontrolle“ nach unten beschränken sollen, während „die operative Leitung der Betriebe der Industrie und der Landwirtschaft näher an die Basis“ verlegt werden soll. „Die Qualität der zentralen Planung muß entscheidend verbessert werden“, heißt eine der Hauptforderungen Ulbrichts — welche Selbsterkenntnis! Das Leitungsgremium der Staatlichen Plankommission wird mit zusätzlichen Funktionen betraut. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, die erst vor einem Jahre dem Ministerpräsidenten unmittelbar unterstellt worden war, kehrt nun wieder in den Schoß der Plankommission zurück; eine Maßnahme, die sicherlich den sehr eigenwilligen Präsidenten dieser Zentralverwaltung, Prof. *Behrens* treffen soll.

Hatte man in der Industrie der SBZ vor einigen Jahren die Zwischeninstanzen zwischen den Staatsbetrieben und den Ministerien, die sog. VVB (Vereinigung volkseigener Betriebe), in Verwaltungen umgewandelt oder später ganz aufgelöst und die Betriebe zum größten Teile den Hauptverwaltungen bei den Ministerien direkt unterstellt, so tauchen jetzt aus der Reformretorte wieder die alten VVB auf und sollen die einstigen Funktionen wieder übernehmen. Neu ist, daß jetzt auch Privatbetriebe, „soweit die Besitzer dazu bereit sind“ — also ganz demokratisch (!) —, volkseigenen Leitbetrieben zugeordnet werden sollen. Nur noch die bedeutendsten Großbetriebe der SBZ gehören weiterhin zum unmittelbaren Hoheitsbereich der Fachministerien. Extra erwähnt wurden hierbei die Leunawerke, die Bunaerwerke in Schkopau, das Elektrokombinat Bitterfeld, das Braunkohlenkombinat „Schwarze Pumpe“, die Werke Bohlen, Espenhain und

Schwarzeide sowie das Eisenhüttenkombinat Stalinstadt und gegebenenfalls auch die Jenaer Zeisswerke.

Sehr geschickt ist auch der Schachzug, die Verantwortung für die Durchführung zentral angeordneter Maßnahmen (Investitionen und Exportaufgaben) den örtlichen Verwaltungsinstanzen zu übertragen, die im Grunde wenig Einflußmöglichkeiten auf diesen Gebieten haben. Ob dagegen die Aufsplitterung der bisherigen Hauptverwaltung Elektroenergie und Gas in 14 bezirkliche Energie- und Gasbetriebe sehr zweckmäßig ist, muß bezweifelt werden. Wenn irgendwo, dann ist im Energiesektor der mitteldeutschen Wirtschaft der nach 1948 erreichte Zentralismus ein echter Fortschritt gewesen.

Es sollen sogar das bisherige Staatssekretariat für örtliche Wirtschaft und das Ministerium für Arbeit aufgelöst werden. Derartig einschneidende Maßnahmen sind auch an anderen Stellen, auch in Bonn z. B., projektiert gewesen, aber wie das bei dem Amtsschimmel eben so ist, konnte man es auch in Pankow nicht übers Herz bringen, alle die alten, ehrlichen und verdienten Bürokraten einfach für überflüssig zu erklären. Anstelle des Staatssekretariates soll ein Institut für Kommunalwirtschaft und anstelle des Arbeitsministeriums ein Komitee für Arbeit beim Ministerrat mit einem angeblich nur kleinen Apparat (auch derartige Beteuerungen sind schon anderenorts gegeben worden) geschaffen werden. Auch die im Jahre 1953 beim Finanzministerium errichtete Stellenplanverwaltung soll liquidiert werden, weil ihre Aufgaben von der wieder stärker in den Vordergrund gerückten ZKK, der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, zu übernehmen sind.

„In den Parteiorganisationen der SED in allen Staatsorganen ist eine systematische Erziehungsarbeit und ein hartnäckiger Kampf gegen das Sitzungsunwesen (!), das Spießertum unter den Mitarbeitern und gegen die Isolierung der Mitarbeiter von den Massen zu führen“, heißt es am Schlusse der Ulbrichtschen Tiraden. Vielleicht ist aber den Massen diese Isolierung ganz angenehm? Was dann? *Chruschtschow* hat bei seinen Besuchen in Leipzig und Ost-Berlin einiges von dieser Isolierung zu spüren bekommen. Aus diesem Grunde wurden die Schlußkundgebungen im Ostberliner Lustgarten in die Arbeitszeit gelegt, damit man die Teilnahme der Arbeiter und Angestellten besser kontrollieren konnte.

Der eigentliche Sinn der Reduzierung des aufgeblähten Verwaltungsapparates wird mit der Forderung nach Einsparung erheblicher finanzieller Mittel und von Arbeitskräften deutlich angesprochen. Die frei werdenden Verwaltungsangestellten sind in Betrieben und „anderen Produktionsstätten“ der SBZ unterzubringen, wobei es sehr mitfühlend heißt: „Die betreffenden Mitarbeiter sind zu überzeugen, daß eine Veränderung ihres Wohnsitzes not-

wendig ist“. Gleichzeitig wird versprochen — sollte das ein Trost sein? —, „die Spanne zwischen den niedrigen Löhnen und den hohen Gehältern“ zu vermindern. Die außerordentlich starke Einkommensdifferenzierung der Lohn- und Gehaltsempfänger in der SBZ war bisher von Pankow stets verniedlicht worden. Nun gibt man sie kommentarlos zu. Auch mit dem „Sparsamkeitsregime“ (Sparen mit jedem Gramm, jeder Minute und jedem Pfennig) ist man offenbar nicht recht weitergekommen; denn es wird erneut als dringend notwendig beschworen.

*

Wie in Rußland ist auch in der SBZ die Um- und Rücksiedlung von Verwaltungsangestellten in die Industrie eine Frage, die sich auf dem Papier und in Resolutionen leicht lösen läßt, die aber in Wirklichkeit erhebliche Spannungen erzeugt, die einer Steigerung der Arbeitsleistung meistens entgegenstehen. Wer in Ost-Berlin nach jahrelangen Mühen endlich eine Wohnung ergattert hat, verspürt wenig Neigung, plötzlich irgendwo in der Provinz angesiedelt und zur Arbeit verpflichtet zu werden. Oft handelt es sich dabei um landwirtschaftliche Arbeit; denn dort wird der Arbeitskräftemangel immer bedrohlicher, während viele Industriebetriebe zusätzliche Arbeitskräfte gar nicht einstellen dürfen und die aus der Arbeitszeitverkürzung resultierenden Schwierigkeiten so meistern sollen. Dafür fehlen in anderen Betrieben Arbeiter, die sich „freiwillig“ zur Arbeit in den staatlichen Maschinen-Traktoren-Stationen und den volkseigenen Gütern verpflichten mußten.

Diesem Arbeitskräftemangel, der durch die gerade in diesem Sommer wieder sehr stark angestiegene Flüchtlingsabwanderung noch ständig verstärkt wird, hat Pankow mit den verschiedensten Maßnahmen zu begegnen versucht. Neuerdings ist man verstärkt bemüht, auch die Hausfrauen, die bisher nur ihren Haushalt versahen, wenigstens halbtagsweise in den Arbeitsprozeß einzugliedern, wobei vor Einschüchterungen nicht zurückgeschreckt wird. Ein ähnlicher psychologischer Feldzug mit dem Ziel der Einschüchterung ist kürzlich in Ost-Berlin gegen die sog. Grenzgänger, die etwa 30 000 Ostberliner, die in West-Berlin arbeiten und dort auch Lohnsteuer zahlen und krankenversichert sind, gestartet worden. Auch die Anordnung, daß alle Absolventen der höheren Schulen vor dem Beginn eines Studiums auf längere Zeit in einem Produktionsbetrieb arbeiten müssen — womit für einen Teil der Jugend praktisch der Arbeitsdienst eingeführt worden ist —, dient mehr der Schließung der Arbeitskraftlücke als der politischen Erziehung der Jugend; denn für diese Erziehung im Sinne der SED ist gerade die tägliche Begegnung mit der Arbeiterschaft ein sehr ungünstiger Nährboden. Auch das für die Studenten und die oberen Klassen der Schulen geltende Verbot von

Reisen in die Bundesrepublik und das westliche Ausland, das sicherlich in erster Linie politisch begründet ist, hat den Behörden der SBZ die Möglichkeit gegeben, diese Teile der Jugend zumindest in den Ferien zu „freiwilligen Arbeitseinsätzen“ heranzuziehen. Zwei Drittel aller Oberschüler der SBZ — also rund 64 000 — sollen sich zur Ferienarbeit verpflichtet haben.

Mit all diesen Mitteln läßt sich natürlich dem eigentlichen Arbeitskraftproblem nicht beikommen. Die SED-Führung hat sich durch die großspurigen Versprechungen zur Arbeitszeitverkürzung, die den Mangel an Arbeitskräften ja noch erhöht, in eine zweiseitige Situation manövriert. Infolge der Unmöglichkeit, auf dem Wege verstärkter Produktions-Rationalisierung und Automatisierung den Arbeitsmarkt zu entspannen, ist Pankow mehr denn je auf die Leistungswilligkeit der vorhandenen Arbeitskräfte angewiesen. Diese Leistungswilligkeit ist aber durch Zwangsmaßnahmen nicht zu erhalten oder gar zu verbessern. Aus diesem Grunde sind alle Anordnungen im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung besonders zu überprüfen gewesen.

Die nur für drei Monate vorgesehene Zahlung von Ausgleichszuschlägen für Akkordlöhner, die zur Vermeidung einer Lohnminderung als Folge der Verkürzung der Arbeitszeit in den Betrieben gewährt werden sollte, die die Produktionstechnik nicht so verbessern konnten, daß dadurch der Zeitausfall wettzumachen war, ist in vielen Betrieben jetzt abgelaufen und hat zu einer starken Beunruhigung der von einer möglichen Lohnkürzung bedrohten Arbeiter geführt. „Vor vielen Betrieben steht die Frage, wie wir bei einem Teil unserer Arbeiter eine Lohnminderung verhüten“, schreibt sehr zurückhaltend das offizielle Blatt „Die Wirtschaft“, Ost-Berlin.

In einigen Betrieben hat man sich schon dazu bereitfinden müssen, die Ausgleichszulagen auch weiterhin zu zahlen, um der Unruhe Herr zu werden. „Erweist es sich jedoch, daß ein Arbeiter nur Zurückhaltung geübt oder nicht die nötigen Anstrengungen unternommen hat, um die Arbeitsproduktivität zu steigern, so wird der Lohnminderungsausgleich nicht gezahlt.“ Mit dieser Regelung ist der politischen Willkür Tür und Tor geöffnet. In einem Großteil der Betriebe ist es technisch unmöglich, den Zeitausfall durch Rationalisierung auszugleichen. Während die Zeitlöhner — etwa ein Viertel aller Industriebeschäftigten — nun unbesehen den Lohnminderungsausgleich erhalten, müssen die Akkordlöhner ihrerseits beweisen, daß eine Leistungssteigerung im Ausmaße des Zeitausfalles (6,6 vH) nicht möglich ist. Die Entscheidung darüber liegt in den Händen einer Kommission, deren Führung selbstverständlich „bewußte“ Genossen bilden.

Sie sind um ihre Aufgabe nicht zu beneiden. Der mitteldeutsche Arbeiter pflegt seit dem

Juniaufstand 1953 seine Meinung recht unverblümt zu sagen. Er weiß ja aus eigener Erfahrung, wie die Arbeitszeit regelmäßig durch Versammlungen und Schulungen entwertet wird und wie oft sie einfach nicht produktiv genutzt werden kann, weil irgendwelche Störungen den ganzen Betrieb oder einzelne Abteilungen lahmlegen; Störungen, für die nicht sie, die Arbeiter, sondern das System und seine oft unfähigen Handlanger verantwortlich zu machen sind. Würde man diese unsinnige Zeitverschwendung für politische Zwecke und die ständigen Produktionsstörungen beseitigen können, dann wäre die Arbeitszeitverkürzung in der SBZ sicherlich kein Problem, das sich negativ auf den Produktionszuwachs auswirken würde.

*

Weil der Chronist sich in diesem Bericht unmöglich mit allen Erscheinungen des mitteldeutschen Wirtschaftslebens befassen kann, bleibt es nicht aus, daß einige Gebiete nur gestreift werden. Auch der Staatshaushalt gehört hierher. Er ist im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo sich jeder Staatsbürger ein Exemplar des Bundes-, eines Landes- oder sonstigen Haushaltsplanes kaufen kann, in der SBZ wie in den übrigen Ostblockstaaten ein Geheimdokument, von dem nur wenige zusammengefaßte Zahlen mit geringer oder unklarer Aussagekraft in einem Gesetz veröffentlicht werden.

Die erläuternden Angaben zu diesem Gesetz werden von Jahr zu Jahr spärlicher. In dem bisher ersten und einzigen Statistischen Jahrbuch der SBZ gehört die öffentliche Finanzwirtschaft ebenfalls zu den vernachlässigten Kapiteln, nur der Sozial- und der Kulturhaushalt sind einigermaßen aufgegliedert. Aus diesem Grunde macht es große Mühe, den wirtschaftlich interessanten öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf die Spur zu kommen.

Noch immer bilden die Verbrauchssteuern in ihrer mannigfachen Gestalt die wesentlichste Stütze der Staatseinnahmen. Die Steuerbelastung ist in Mitteldeutschland höher als in Westdeutschland, wodurch bewiesen ist, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel in der SBZ dem Staatsbürger keinen Vorteil gebracht hat, zumal die Abführung von Reingewinnen aus den Staatsbetrieben an den Haushalt sich in sehr mäßiger Höhe bewegt. Daß die Staatsbetriebe aber zugleich jährlich mehrere Milliarden an Zuschüssen aus der Staatskasse brauchen, um funktionsfähig zu bleiben, erhöht das Renommee dieses Systems auch nicht. Dessen Zumutbarkeit für einen modernen Menschen, der sich nicht für dumm verkaufen lassen will und Rechenschaft fordert über die Verwendung der von ihm aufgebrachtten Steuern, läßt sich gerade an der öffentlichen Finanzwirtschaft messen, die eben nicht öffentlich, sondern geheim ist.

Walter Meier